

02.02.2018

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 699 vom 9. Januar 2018
der Abgeordneten Gabriele Walger-Demolsky AfD
Drucksache 17/1698

Auf dem linken Auge blind? Anfragen zu Gewaltstraftaten durch die Grünen.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Mit Datum vom 03.01.18 wurden von der Abgeordneten Verena Schäffer vier kleine Anfragen gestellt:

- 17/1617 Politisch rechts motivierte Gewalttaten im Jahr 2017
- 17/1618 Islamfeindliche Straftaten im Jahr 2017
- 17/1619 Antisemitische Straftaten im Jahr 2017
- 17/1620 Flüchtlingsfeindliche Straftaten im Jahr 2017

Im Verfassungsschutzbericht NRW 2016 wird ausdrücklich auch der Linksextremismus erwähnt. 2016 gab es 1.149 Tatverdächtige bei der Politisch motivierten Kriminalität-Links. (PMK-Links) Die Mitgliederzahlen im Bereich Linksextremismus haben sich von 2300 im Jahr 2015 auf 2.420 im Jahr 2016 erhöht. Folgende Delikte der Politisch motivierten Kriminalität-Links (PMK-Links) sind für 2016 u.a. im Verfassungsschutzbericht erwähnt: (Anzahl der Delikte in Klammern)

- Tötungsdelikte (1)
- Brand- und Sprengstoffdelikte (22)
- Landfriedensbruch (43)
- Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr (21)
- Körperverletzungsdelikte (150)
- Widerstandshandlungen (34)
- Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung (5)
- Bedrohung, Nötigung (30)
- Sachbeschädigung (459)
- Beleidigungen (116)

Datum des Originals: 02.02.2018/Ausgegeben: 07.02.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

- Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (589)

-

Im Jahre 2017 war die linksextreme Szene im Rahmen der beiden Wahlkämpfe zur Landtagswahl NRW und zur Bundestagswahl besonders aktiv. Erwähnen muss man auch die Ereignisse rund um den Bundesparteitag der AfD in Köln.

Der Minister des Innern hat die Kleine Anfrage 699 mit Schreiben vom 2. Februar 2018 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz beantwortet.

1. **Wie viele politisch links motivierte Gewalttaten wurden im Jahr 2017 in Nordrhein-Westfalen verübt? (Bitte aufschlüsseln nach Datum der Tat, Ort, Deliktsart, Anzahl der Opfer/Geschädigten, Nationalität bzw. Herkunftsland, Alter Geschlecht der Opfer und Kurzbeschreibung des Sachverhalts)**
2. **Wie verteilen sich die politisch links motivierten Gewalttaten im Jahr 2017 nach Themenfeldern? (Bitte Zahlen für Ober- und Unterthemen angeben und nach Datum der Tat, Ort, Deliktsart aufschlüsseln)**
3. **Wie viele Tatverdächtige wurden wegen politisch links motivierten Gewalttaten im Jahr 2017 festgenommen? (Bitte aufschlüsseln nach Datum der Tat, Ort, Deliktsart, Alter und Geschlecht der Tatverdächtigen)**
4. **In wie vielen Fällen politisch links motivierten Gewalttaten kam es im Jahr 2017 zur Einleitung von Ermittlungsverfahren, Erhebung einer Anklage, Verurteilung oder Einstellung der Ermittlungen? (Bitte auch Grund für die Einstellung des Verfahrens angeben)**

Die Fragen 1 bis 4 werden gemeinsam beantwortet.

Eine Beantwortung der Kleinen Anfrage ist der Landesregierung innerhalb der gemäß § 92 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtags für die Antwort zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Mit der Kleinen Anfrage werden Auskünfte zu Straftaten der Politisch motivierten Kriminalität Links im Jahr 2017 erbeten. Grundlage für diese Auskünfte ist der Kriminalpolizeiliche Meldedienst Politisch motivierte Kriminalität Links (KPMD-PMK). Beim KPMD-PMK handelt es sich um eine Jahresstatistik. Nach Ablauf des Kalenderjahres stehen die Daten noch nicht zur Verfügung. Dies ist erst nach dem Jahresabschluss der aufgrund bundesweit einheitlicher Kriterien erhobenen Daten (Zusammenfassung und Konsolidierung) möglich. Dieser Prozess ist derzeit noch nicht abgeschlossen und wird auch in der zur Beantwortung der Kleinen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht abgeschlossen werden können. Eine Beantwortung ist voraussichtlich Ende Februar 2018 möglich.

Die Landesregierung wird die Daten, sobald sie vorliegen, dem Landtag zuleiten.